



2016: Ein Erfolgjahr für die Energiewende

2016 war ein entscheidendes Jahr für die Energiewende – auch weil es einen Paradigmenwechsel eingeleitet hat. **Mehr erfahren**



2016: Ein Erfolgjahr für die Energiewende

2016 war ein entscheidendes Jahr für die Energiewende – auch weil es einen Paradigmenwechsel eingeleitet hat.



Die Energiewende in Deutschland ist längst kein Zukunftsprojekt mehr – sie ist bereits erfolgreich und unumkehrbar in der Gegenwart angekommen. Denn der Umbau unseres Energiesystems hat große Fortschritte gemacht und die entscheidenden Weichen für die weitere Entwicklung sind gestellt. Die [10-Punkte-Energie-Agenda](#) ist fast vollständig abgearbeitet. Damit sind wichtige Meilensteine der Energiewende erreicht.

Gerade 2016 war ein Schlüsseljahr auf unserem Weg zu einer umweltverträglichen, verlässlichen und wirtschaftlich erfolgreichen Energieversorgung. Mit mehreren richtungsweisenden politischen Beschlüssen ist es gelungen, einen Paradigmenwechsel einzuleiten und die verschiedenen Elemente der Energiewende stimmig zusammenzufügen: erneuerbare Energien, Strommarkt, Energieeffizienz, Netze, Digitalisierung, und Finanzierung des Kernenergieausstiegs – alle diese Puzzleteile greifen nun ineinander und ergeben ein überzeugendes Gesamtbild.

Vor diesem Hintergrund heißt es nicht mehr: "Die Energiewende kann erfolgreich werden, wenn...", sondern "Die Energiewende ist erfolgreich, weil...". Tatsache ist: Die Energiewende ist schon heute ein Erfolgsprojekt, denn sie macht unser Energiesystem zunehmend ...

... umweltverträglich

Raus aus den fossilen, rein in die erneuerbaren Energien: Dieser grundlegende Wandel ist ein zentrales Element unserer Energiewende. Die Energieversorgung in Deutschland soll umweltverträglich und weitgehend klimaneutral werden. Auf diesem Weg sind wir in den vergangenen Jahren Riesenschritte vorangekommen: Der Anteil der erneuerbaren Energien am gesamten Bruttostromverbrauch liegt inzwischen bei 31,6 Prozent. Damit sind sie bereits jetzt der wichtigste Energieträger im Strombereich. Bis 2025 sollen 40 bis 45 Prozent unseres Stroms aus Erneuerbaren stammen. Auch im Wärmebereich rückt das Ziel, bis 2020 einen Anteil von 14 Prozent zu erreichen, in greifbare Nähe: Hier beträgt der Anteil nachhaltiger Energien schon 13,2 Prozent.

... sicher

Deutschland hat eine der zuverlässigsten Stromversorgungen nicht nur in Europa, sondern auch weltweit – und das, obwohl der Anteil von wetterabhängigen Energiequellen an der Stromproduktion kontinuierlich wächst. Damit der Strommarkt für künftig noch mehr Erneuerbare fit ist, wurde 2016 mit dem neuen [Strommarktgesetz](#) die größte Strommarktreform seit der Liberalisierung in den 1990er-Jahren beschlossen. Denn bei immer mehr wetterabhängigen Energiequellen wie Wind und Sonne ist es entscheidend, die Einspeisung in das Stromnetz stabil zu halten – und das zu wettbewerblichen Preisen. Das Gesetz stellt die Weichen für einen Wettbewerb von flexibler Erzeugung, flexibler Nachfrage und Speichern und sorgt dafür, dass die Stromversorgung verlässlich und günstig bleibt. Eine mit dem Strommarktgesetz beschlossene Kapazitätsreserve spannt künftig ein Sicherheitsnetz für unvorhergesehene Ereignisse.

... bezahlbar

Die Reform des Erneuerbare-Energien-Gesetzes (EEG) von 2014 hatte dafür gesorgt, dass die Erneuerbaren planbarer ausgebaut und schrittweise in den Markt integriert werden konnten. Da sie längst keine Nischentechnologien mehr sind und keinen „Welpenschutz“ brauchen, wurde im Sommer 2016 mit der weiteren Reform (EEG 2017) ein Paradigmenwechsel eingeläutet: Die erneuerbaren Energien müssen sich nun im Wettbewerb behaupten. Ab 2017 wird die Förderhöhe für

Strom aus Windkraft, Photovoltaik und Biomasse nicht mehr staatlich festgelegt, sondern durch wettbewerbliche Ausschreibungen ermittelt. Dabei gilt: Wer am wenigsten für den wirtschaftlichen Betrieb einer Erneuerbare-Energien-Anlage fordert, wird gefördert. So wird der Ausbau der erneuerbaren Energien planbarer und kosteneffizienter. Dass das Ganze funktioniert, haben Pilotausschreibungen eindrucksvoll gezeigt: Die durchschnittliche Förderhöhe bei Solarparks sank von 9,17 auf 6,90 Cent pro Kilowattstunde – eine Reduktion um fast 30 Prozent. Auch das heute beschlossene KWKG-Änderungsgesetz setzt auf Wettbewerb: Die Förderhöhe für Strom aus Kraft-Wärme-Kopplungsanlagen zwischen 1 und 50 Megawatt sowie für besonders innovative KWK-Systeme wird künftig per Ausschreibung festgelegt (mehr dazu [hier](#)).

Die EEG-Reform 2014 hat auch dabei geholfen, die Strompreise zu stabilisieren, indem sie den Anstieg der sogenannten EEG-Umlage gebremst hat. Fast alle Stromverbraucher – ob privat oder gewerblich – bezahlen mit ihrer Stromrechnung diese Umlage, mit der der Ausbau der erneuerbaren Energien finanziert wird. Für Stromkunden ist die Summe aus Börsenstrompreis und EEG-Umlage relevant. Diese Summe erreichte 2013 ihren Höchststand. Seitdem ist sie drei Jahre in Folge gesunken und wird voraussichtlich auch 2017 sinken (mehr dazu [hier](#)). Damit Stromkunden tatsächlich von dieser günstigen Entwicklung profitieren, sollten sie die Preise der Anbieter vergleichen und gegebenenfalls in einen günstigeren Stromtarif wechseln. In vielen Fällen können mehrere hundert Euro pro Jahr gespart werden.

... planbar

Das reformierte EEG macht den Ausbau der Erneuerbaren noch planbarer. Für jede Technologie – Windenergie an Land und auf See, Photovoltaik und Biomasse – sind bestimmte Ausbaumengen festgelegt. Um den Erneuerbaren-Ausbau besser mit dem Stromnetzausbau zu verzahnen, wird der Zubau der Windenergie in einem sogenannten Netzausbauggebiet, also dort, wo besonders dringend neue Übertragungsleitungen gebraucht werden, übergangsweise begrenzt. Schließlich geht es nicht nur darum, erneuerbaren Strom zu erzeugen – er muss auch zu den Verbrauchern transportiert werden.

... akzeptiert

Während die Windparks hauptsächlich im Norden und Osten Deutschlands Energie produzieren, sind die Hauptabnehmer, die großen Industriebetriebe, überwiegend im Süden und Westen der Republik beheimatet. Große Stromautobahnen werden künftig die Energie dorthin transportieren, wo sie gebraucht wird. Dass die Bundesregierung Erdkabeln den Vorrang vor oberirdisch verlaufenden Leitungen eingeräumt hat, sorgt für eine höhere Akzeptanz der Vorhaben. Die Netzbetreiber der beiden großen Stromautobahnen SuedLink und SuedOstLink haben im Herbst mögliche Korridore für den [Verlauf der Trassen](#) vorgestellt. Auch beim Korridor A-Nord hat die Trassendiskussion begonnen. Rückgrat einer erfolgreichen Energiewende ist aber weiterhin der zügige Ausbau des Drehstromnetzes, der weitgehend in Länderzuständigkeit liegt.

... intelligent

Digitale Technologien eröffnen ganz neue Möglichkeiten, das Angebot der Energieversorger mit der Nachfrage der Verbraucher in Einklang zu bringen. Das [Gesetz zur Digitalisierung](#) der Energiewende, das im September 2016 in Kraft getreten ist, hat die Voraussetzungen für die Anwendung von Smart Metern und anderen digitalen Technologien geschaffen. 2017 beginnt die schrittweise Einführung

intelligenter Messsysteme bei Großherzeugern und Großverbrauchern. Parallel wird in den kommenden Jahren in fünf vom Bundesministerium für Wirtschaft und Energie (BMWi) geförderten [Modellregionen](#) in ganz Deutschland erprobt, wie Erzeugung und Verbrauch digital vernetzt werden können.

... effizient

Das langfristige Ziel der Energiewende – eine weitgehend CO₂-freie Energieversorgung – kann nur gelingen, wenn wir unseren gesamten Energiebedarf reduzieren und Effizienzpotenziale noch besser ausschöpfen. Die Bundesregierung hat der Energieeffizienz bei der Umsetzung der Energiewende daher oberste Priorität eingeräumt. "Efficiency First" lautet die Maßgabe (was das genau bedeutet, erfahren Sie [hier](#)). Der [Nationale Aktionsplan Energieeffizienz \(NAPE\)](#), der bereits Ende 2014 vorgelegt wurde, ist inzwischen weitgehend umgesetzt. Das zeigt auch das [NAPE-Meter](#). 2016 neu angelaufen sind unter anderem das [Programm zur Heizungsoptimierung](#), mit dem der Austausch alter Heizungspumpen und der hydraulische Abgleich bezuschusst werden, und das [Anreizprogramm Energieeffizienz](#), das den Austausch alter Heizkessel und den Einbau von Lüftungsanlagen fördert.

Energiesparende Beleuchtung in Hallen und Büros, optimierte Heizanlagen oder energetisch sanierte Firmengebäude – fast 80 Prozent aller deutschen Betriebe haben bereits Maßnahmen zum Energiesparen umgesetzt oder sind gerade dabei. Um derlei Investitionen in Betrieben weiter zu unterstützen, hat das BMWi 2016 neue Förderprogramme aufgesetzt, unter anderem, um [Abwärme](#) zu nutzen sowie die [hocheffizienten Querschnittstechnologien](#) zu verbreiten. Außerdem ging 2016 der [Förderwettbewerb "STEP up!"](#) an den Start. Dabei können sich Unternehmen in einem Ausschreibungsverfahren um Fördermittel bewerben. Den Zuschlag erhalten diejenigen Firmen, die die höchsten Energieeinsparungen je Förder-Euro erzielen.

Mit der Informationsoffensive "Deutschland macht's effizient" setzt das BMWi auf die Beteiligung von Unternehmen, Verbänden, Kommunen und Privathaushalten, um Effizienzpotenziale zu erschließen. Auf der dazugehörigen [Internetplattform](#) kann sich jeder über Energieeffizienz informieren und erhält Tipps, wie sich Energieverbrauch deutlich senken lässt. Ein integrierter Produktfinder bietet Orientierung beim Kauf von Elektrogeräten. Dahinter steht die [Nationale Top-Runner-Initiative](#), mit der sich das BMWi dafür einsetzt, hocheffiziente Geräte in den Markt und von dort in die Haushalte zu bringen.

... tragfähig

Aus der Kernkraft steigen wir schrittweise aus, weil sie mit großen Risiken behaftet ist. Die Kernkraftwerke in Deutschland werden bis 2022 stillgelegt – so sieht es der Beschluss zum Atomausstieg von 2011 vor. Jetzt sind auch wichtige finanzielle Fragen des Ausstiegs geregelt: Das BMWi hat ein Gesetz zur Neuordnung der Verantwortung der kerntechnischen Entsorgung erarbeitet, das vom Gesetzgeber verabschiedet wurde (siehe [hier](#)). Wichtigste Eckpunkte: Die Kernkraftwerksbetreiber verantworten die Abwicklung und Finanzierung der Stilllegung, des Rückbaus sowie der fachgerechten Verpackung der radioaktiven Abfälle. Der Bund ist für die Zwischen- und Endlagerung zuständig. Die finanziellen Mittel für Zwischen- und Endlagerung werden von den Betreibern in einen Fonds eingezahlt. Damit ist es gelungen, eine Regelung zu treffen, die weder die wirtschaftliche Situation der Betreiber gefährdet noch die Kosten einseitig auf die Gesellschaft überträgt (mehr dazu lesen Sie [hier](#)).

... zum Wettbewerbsfaktor

Unternehmen, die in Energieeffizienz investieren, verbessern auch ihre eigene Position am Markt: Je weniger Energie ein Unternehmen verbraucht, desto wettbewerbsfähiger ist es. Um 1.000 Euro zu erwirtschaften, waren 2005 hierzulande durchschnittlich mehr als 250 Kilowattstunden Strom nötig, heute sind es nur noch 213 Kilowattstunden. Der Energieverbrauch wird zunehmend entkoppelt vom Wirtschaftswachstum.

Deutsche Unternehmen machen nicht nur mit bei der Energiewende – sie machen die Energiewende: als technologische Vorreiter und Produzenten in den Bereichen erneuerbare Energien und Energieeffizienz, deren Know-how sowohl in Deutschland als auch weltweit gefragt ist. Das schafft Exportmöglichkeiten und jede Menge Arbeitsplätze: 330.000 Jobs gibt es hierzulande allein im Bereich Erneuerbare Energien.

Die "[Besondere Ausgleichsregelung](#)" sorgt dafür, dass stromkostenintensive Unternehmen in Branchen, die im internationalen Wettbewerb stehen, nur eine reduzierte EEG-Umlage zahlen müssen. Durch diese finanzielle Entlastung wird sichergestellt, dass die Wettbewerbsfähigkeit und damit die Arbeitsplätze in diesen Betrieben nicht gefährdet sind. Diese Ausgleichsregelung aus dem EEG soll künftig auch für die Umlage aus dem Kraft-Wärme-Kopplungsgesetz (KWKG) gelten.

... europäisch

Die Energiewende lässt sich nur im europäischen Binnenmarkt effizient umsetzen: Grenzüberschreitende Strommärkte erhöhen die Versorgungssicherheit und ein gut ausgebautes Übertragungsnetz in Europa erleichtert es, Stromangebot und -nachfrage auszugleichen. Deshalb tauscht sich die Bundesregierung regelmäßig eng mit Deutschlands "Stromnachbarn" aus und arbeitet an der Ausgestaltung der europäischen [Energieunion](#) mit. Dieses Jahr sind die ersten grenzüberschreitenden Ausschreibungen für Photovoltaik-Anlagen gestartet. Deutschland hat eine Ausschreibung für Anbieter aus Dänemark geöffnet und im Gegenzug konnten deutsche Anbieter an einer dänischen Ausschreibung teilnehmen (mehr dazu [hier](#)).

... vorausschauend

Um die Weichen für die folgenden Dekaden jetzt schon richtig zu stellen, hat das BMWi dieses Jahr zwei großangelegte Dialogprozesse gestartet. Sie sollen die Grundlage für die Erarbeitung einer mittel- bis langfristigen Strategie bilden, um die Klimaschutzziele für 2050 zu erreichen. So formuliert das [Grünbuch Energieeffizienz](#) Leitfragen und Thesen zu den zentralen Herausforderungen für eine künftige Energieeffizienzpolitik. Das [Impulspapier "Strom 2030"](#) stellt langfristige energiepolitische Herausforderungen für eine klimafreundliche, sichere und bezahlbare Stromversorgung zur Debatte. Bis Ende Oktober liefen die öffentlichen Konsultationen. Im Frühjahr 2017 werden zwei Auswertungsberichte mit den wesentlichen Ergebnissen vorgestellt.

Mehr Details zum Stand der Energiewende

Sie wollen mehr zum Stand der Energiewende in Deutschland wissen? Details liefert der [Fünfte Monitoring-Bericht zur Energiewende](#), der am 14. Dezember vom Kabinett verabschiedet wurde (lesen Sie dazu auch "[direkt erfasst](#)").

WEITERFÜHRENDE INFORMATIONEN:

- [\[→ BMWi-Themenseite Energiewende](#)
 - [\[→ Fünfter Monitoring-Bericht "Energie der Zukunft"](#)
 - [\[→ Broschüre zur Energiewende](#)
 - [\[→ Broschüre zum EEG 2017](#)
 - [\[→ Broschüre "Erneubare Energien in Zahlen"](#)
-

Weichen für mehr Wettbewerb gestellt

„Unseren Fahrplan für diese Legislaturperiode haben wir fast vollständig abgearbeitet“, sagt Staatssekretär Rainer Baake. Welche Meilensteine auf dem Weg zur Umsetzung der Energiewende 2016 erreicht wurden, erläutert der Staatssekretär im Interview.



© BMWi

Klicken Sie auf das Bild um das Video zu abzuspielen.

WEITERFÜHRENDE INFORMATIONEN:

- [\[→ BMWi-Themenseite Energiewende](#)
-

Punktsieg für Effizienz

Der Primärenergieverbrauch in Deutschland ist seit 2008 um knapp acht Prozent gesunken. Den größten Beitrag dazu lieferten Effizienzmaßnahmen, wie der aktuelle Monitoring-Bericht zur Energiewende zeigt.



Zwischen 2008 und 2015 sank der **Primärenergieverbrauch** in Deutschland von 14.380 Petajoule (PJ) auf 13.293 PJ, das sind 7,6 Prozent. Hinter dieser Entwicklung können viele Faktoren stehen: Da wäre zum Beispiel das Bruttoinlandsprodukt zu nennen – denn wächst die Wirtschaft, wird auch mehr Energie in den Unternehmen verbraucht. Gleiches gilt für die Bevölkerung: Je mehr Menschen hier leben, desto höher ist ihr Energiebedarf. Nicht zuletzt hat auch das Wetter einen Einfluss: Ist der Winter besonders kalt, wird mehr geheizt und damit mehr Energie verbraucht.

Welche Einflussfaktoren genau hinter dem gesunkenen Primärenergieverbrauch stecken, zeigt der fünfte **Monitoring-Bericht "Energie der Zukunft"**, der am 14. Dezember vom Bundeskabinett beschlossen wurde. Klammert man die witterungsbedingten Veränderungen aus, dann hatte zwischen 2008 und 2015 die Energieeffizienz den größten Effekt auf den Primärenergieverbrauch. Um 1.721 PJ ging der Verbrauch in diesem Zeitraum durch Effizienzanstrengungen zurück. Im Gegensatz dazu wirkte sich die positive Wirtschaftsentwicklung verbrauchssteigernd auf den Energieverbrauch aus. Auch das Bevölkerungswachstum um insgesamt rund 825.000 Personen führte für sich genommen zu einer leichten Erhöhung des Energieverbrauchs. Die Effizienzanstrengungen glichen diese verbrauchserhöhenden Effekte jedoch mehr als aus.

Primärenergieverbrauch ist noch zu hoch

Dennoch ist der Energieverbrauch in Deutschland noch zu hoch: Bis zum Jahr 2020 soll eine Reduktion um 20 Prozent gegenüber dem Vergleichsjahr 2008 erzielt werden. Der Rückgang um 7,6 Prozent reicht dafür noch nicht aus. 2015 stieg der Primärenergieverbrauch nach dem Niedrigstand

des Vorjahres leicht um 0,9 Prozent auf 13.293 Petajoule an. Das Wirtschaftswachstum und die kühle Witterung trugen dazu bei.

Das Monitoring: Alljährliche Standortbestimmung

Wo steht die Energiewende? Welche Wirkung entfalten die umgesetzten Maßnahmen? Werden wir unsere Ziele erreichen oder müssen wir nachsteuern? Diesen Fragen geht der jährlich veröffentlichte Monitoring-Bericht „Energie der Zukunft“ der Bundesregierung auf den Grund. Dazu werden die verfügbaren energiestatistischen Informationen auf eine überschaubare Anzahl ausgewählter Kenngrößen verdichtet und anschaulich aufbereitet. So liefern die Daten einen Überblick über den aktuellen Stand der Energiewende mit Blick auf eine sichere, wirtschaftliche und umweltverträgliche Energieversorgung. Federführend ist das Bundesministerium für Wirtschaft und Energie.

Eine unabhängige Kommission aus vier renommierten Energieexperten begleitet den Monitoring-Prozess. Auf wissenschaftlicher Grundlage nimmt sie zu den Berichten der Bundesregierung Stellung. Der Monitoring-Bericht und die Stellungnahme der Expertenkommission werden an den Deutschen Bundestag und den Bundesrat geleitet.

WEITERFÜHRENDE INFORMATIONEN:

- [\[→ BMWi-Pressemitteilung zum Kabinettsbeschluss](#)
- [\[→ BMWi-Themenseite "Monitoring der Energiewende"](#)
- [\[→ Fünfter Monitoring-Bericht "Energie der Zukunft"](#)
- [\[→ Stellungnahme der Expertenkommission](#)

Gabriel: "Eltern haften für ihre Kinder"

Der Bundesrat hat heute das Gesetz zur Neuordnung der Verantwortung in der kerntechnischen Entsorgung beschlossen. "Ein weiterer Schritt mit Blick auf den Ausstieg aus der Atomenergie", sagte Wirtschaftsminister Sigmar Gabriel gestern nach dem Bundestagsbeschluss.



© BMWi

Klicken Sie auf das Bild um das Video abzuspielen.

WEITERFÜHRENDE INFORMATIONEN:

- [\[→ BMWi-Pressemitteilung "Bundesrat hat zentralen Energievorhaben zugestimmt"](#)
 - [\[→ Rede von Bundesminister Gabriel am 15.12.2016 im Deutschen Bundestag](#)
 - [\[→ BMWi-Themenseite "Kernenergie und Uran"](#)
-

Was bedeutet eigentlich "Efficiency First"?

"Efficiency First" lautet der neue Grundsatz der Energiewende. Warum Energieeffizienz oberste Priorität erhält, und was sich hinter diesem Begriff noch alles verbirgt, erfahren Sie hier.



Darum geht's: Mehr aus Energie machen

Wer sein Haus mit Holz, Erdwärme oder Solarkraft beheizt, handelt klimaschonender als jemand, der fossile Brennstoffe nutzt. Richtig nachhaltig wird das Eigenheim aber erst, wenn es neben einer Erneuerbare-Energien-Anlage auch eine gute Wärmedämmung besitzt. Denn so sinkt der Heizenergiebedarf in Gänze. Genau dieser Gedanke steckt hinter dem Begriff "Efficiency First", dem neuen Grundsatz der Energiewende: Die sauberste und günstigste Energie ist die, die gar nicht erst erzeugt werden muss. Denn: Weniger Verbrauch bedeutet auch weniger Kosten für die Erzeugung von Strom und Wärme, für Netze und für Speicher.

"Efficiency First" lässt sich deshalb am besten übersetzen mit: "Vorrang für Energieeffizienz", und zwar überall dort, wo Maßnahmen zur Steigerung der Energieeffizienz volkswirtschaftlich günstiger sind als die Bereitstellung von Energie. Efficiency First betrifft dabei alle Bereiche, in denen Energie verbraucht wird: nicht nur den Gebäudebereich, sondern zum Beispiel auch die Industrie und den Verkehr. Die bestehenden Effizienzpotenziale sollen besser ausgeschöpft und gleichzeitig der Energiebedarf deutlich gesenkt werden.

Der Dreiklang der Energiewende

Grundsatz zwei: Die Energie, die wir trotz aller Effizienzsteigerungen noch benötigen, soll größtenteils aus erneuerbaren Energien stammen. Der Ausbau der Erneuerbaren bleibt also ein wichtiges Instrument der Energiewende. Wo möglich, soll die etwa durch Solar- oder Geothermie erzeugte Energie direkt vor Ort genutzt werden, ohne die mit Kosten verbundene Umwandlung in Strom,

Speicherung und ohne lange Transportwege.

Grundsatz drei: Wo der direkte Einsatz erneuerbarer Energien nicht möglich ist, soll Strom aus erneuerbaren Energiequellen in Zukunft übergreifend in den Sektoren Wärme, Verkehr und Industrie eingesetzt werden – und zwar möglichst energieeffizient (mehr zur sogenannten "Sektorkopplung" lesen Sie [hier](#)). Diese drei Elemente – Efficiency First, direkte Nutzung der Erneuerbaren und Sektorkopplung – ergeben den Dreiklang der Energiewende.

Mit dem [Nationalen Aktionsplan Energieeffizienz \(NAPE\)](#) hat die Bundesregierung bereits 2014 Energieeffizienz in den Fokus gerückt. Dieses Jahr startete das Bundesministerium für Wirtschaft und Energie (BMWi) mit dem [Grünbuch Energieeffizienz](#) einen Dialogprozess, um eine langfristige Strategie zur Senkung des Energieverbrauchs in Deutschland zu entwickeln. Damit jeder weiß, wie er ganz leicht selbst aktiv werden kann, hat das BMWi außerdem die Informationsoffensive "Deutschland macht's effizient" ins Leben gerufen. Auf der dazugehörigen [Internetplattform](#) finden sich Tipps für Privathaushalte, Unternehmen und Kommunen, die ihre Energieeffizienz erhöhen und ihre Energiekosten senken wollen.

Prinzip mit Potenzial

Welchen großen volkswirtschaftlichen Effekt "Efficiency First" haben kann, zeigt eine im Jahr 2014 veröffentlichte Studie des Wirtschaftsforschungsunternehmens Prognos und des Instituts für Elektrische Anlagen und Energiewirtschaft. Wird das Energiekonzept der Bundesregierung konsequent umgesetzt, sind im Jahr 2035 mehr als 12 Milliarden Euro an Kosteneinsparungen auf der Energieerzeugungs- und Netzseite möglich.

WEITERFÜHRENDE INFORMATIONEN:

- [\[→ BMWi-Themenseite "Energieeffizienz"\]](#)
 - [\[→ BMWi-Themenseite "Grünbuch Energieeffizienz"\]](#)
 - [\[→ Impulspapier "Strom 2030"\]](#)
 - [\[→ Internetauftritt "Deutschland macht's effizient"\]](#)
-

5 häufige Energiewende-Fragen ans Wirtschaftsministerium

Das Bundesministerium für Wirtschaft und Energie beantwortet viele Fragen von Bürgerinnen und Bürgern zur Energiewende. Fünf Fragen, die 2016 besonders häufig gestellt wurden, finden Sie hier. Die Antworten darauf natürlich auch.



© istockphoto.com/vgajic

Lohnt sich Wärmedämmung für Haus- und Wohnungsbesitzer wirklich?

Eine Wärmedämmung lohnt sich vor allem bei einer anstehenden Erneuerung der Fassade oder des Daches. Das heißt: Wenn die Außenbauteile ohnehin saniert werden müssen, ist in diesem Zuge eine energetische Modernisierung oder der Einbau von zusätzlichen Dämmschichten auf jeden Fall sinnvoll. Eine zusätzliche Dämmung verringert dann die Wärmeverluste und trägt so zu mehr Behaglichkeit im Gebäude bei. Eine Wärmedämmung der Gebäudehülle hat dann den größten Effekt für den eigenen Geldbeutel, wenn sie mit effizienter und intelligenter Haustechnik (Heizung, Lüftung, Steuerung) verbunden wird. Der Einsatz erneuerbarer Wärme ist vielfach nicht teuer, bringt aber zusätzliche positive Effekte für das Klima.

Je nach Zustand des Gebäudes können auch Dämmmaßnahmen, die unabhängig von ohnehin anstehenden Maßnahmen durchgeführt werden, sehr wirtschaftlich sein und sich schon bald rechnen. Dazu zählen die Wärmedämmung der Kellerdecke, der oberen Geschossdecke und der Warmwasserleitungen. Bei einer Fenstererneuerung kauft man beispielsweise Energieeffizienz gleich mit ein. Denn: Es gibt keine energetisch schlechten Fenster mehr auf dem Markt. Den Einbau energetisch guter Fenster gibt die Energieeinsparverordnung vor. Wer besonders energieeffiziente Maßnahmen (zum Beispiel Fenster mit Dreifachverglasung und hochwärmedämmten Rahmen oder energieeffiziente Heizungen) umsetzt, kann hierfür eine [KfW-Förderung](#) erhalten. Dafür muss ein in der [Energieeffizienz-Expertenliste](#) qualifizierter Sachverständiger die energetische Fachplanung und

die richtige Ausführung bestätigen. Bei umfassenden Sanierungen fördert die KfW zudem eine Baubegleitung zum Beispiel zur Kontrolle der Bauausführung.

Eine unabhängige Energieberatung (zum Beispiel die [Vor-Ort-Beratung](#) des Bundesamts für Wirtschaft und Ausfuhrkontrolle) kann dem Eigentümer wichtige Informationen über die Wirtschaftlichkeit von Sanierungsmaßnahmen an seinem Gebäude liefern.

Was ist die EEG-Umlage und wie wird sie berechnet?

Die EEG-Umlage finanziert den Ausbau der erneuerbaren Energien. Sie stellt die finanziellen Mittel zur Verfügung, mit denen der Strom aus Wind-, Solar- und Biomasseanlagen vergütet wird. Damit hat sie den Siegeszug der erneuerbaren Energien erst möglich gemacht, weil sie seit 15 Jahren für eine sichere Finanzierungsbasis sorgt. Die EEG-Umlage beträgt aktuell 6,35 Cent pro Kilowattstunde und wird von den Stromverbrauchern mit ihrer Stromrechnung bezahlt.

Jedes Jahr im Oktober legen die Übertragungsnetzbetreiber die EEG-Umlage für das folgende Jahr fest. Dafür beauftragen sie wissenschaftliche Gutachter, die den erwarteten Finanzierungsbedarf für die erneuerbaren Energien bestimmen. Der Finanzierungsbedarf besteht im Wesentlichen aus den Vergütungen für den erneuerbaren Strom.

Seit 2014 liegt die EEG-Umlage stabil bei etwas über 6 Cent pro Kilowattstunde. In den Jahren zuvor ist sie noch stark angestiegen. Ein Blick allein auf die EEG-Umlage greift aber zu kurz. Für Stromkunden ist relevant, was sie insgesamt auf ihrer Stromrechnung sehen. Für sie spielt deshalb die Summe aus Börsenstrompreis und EEG-Umlage eine wichtige Rolle. Diese Summe erreichte 2013 mit 10,55 ct/kWh ihren Höchststand. Seitdem ist sie drei Jahre in Folge gesunken, auch 2017 wird sie voraussichtlich weiter zurückgehen (wie [diese Infografik](#) zeigt). Die Kostendynamik der vergangenen Jahre wurde durch die grundlegende EEG-Reform durchbrochen.

Diese Entwicklung schlägt sich inzwischen auch in den Endkundenpreisen nieder: Sowohl die Haushaltsstrompreise als auch die Strompreise für die Industrie sind seit 2013 stabil (mehr dazu [hier](#)). Damit die Stromverbraucher von sinkenden Strompreisen profitieren, kommt es aber auch in Zukunft entscheidend darauf an, dass sie regelmäßig Stromtarife vergleichen und gegebenenfalls ihren Stromvertrag oder -lieferanten wechseln.

Welche Maßnahmen ergreift das Bundesministerium für Wirtschaft und Energie zur Stabilisierung der Strompreise?

Das nachhaltigste und damit wichtigste Mittel, um steigenden Strompreisen vorzubeugen, besteht darin, die Umsetzung der Energiewende so kosteneffizient wie möglich zu gestalten. Klar ist aber auch, dass es die Energiewende nicht zum Nulltarif gibt. Es ist wichtig, sie planvoll umzusetzen, eine zuverlässige Stromversorgung zu gewährleisten und die Kosten für Verbraucher und Unternehmen zu stabilisieren. Dazu dient die [10-Punkte-Energie-Agenda](#) des Bundesministeriums für Wirtschaft und Energie.

Die EEG-Umlage, die die Einspeisevergütung für Betreiber von Erneuerbare-Energien-Anlagen finanziert, macht gut ein Fünftel des Strompreises aus. Sie wurde in der Vergangenheit staatlich festgelegt und auf 20 Jahre garantiert. Durch den starken Zubau von Erneuerbare-Energien-Anlagen

in den vergangenen Jahren ist daraus ein "Kosten-Rucksack" entstanden, der bis zum Ende der jeweils festgelegten Einspeisevergütung von allen Stromkunden weitergetragen werden muss.

Mit der 2014 in Kraft getretenen, grundlegenden Reform des Erneuerbare-Energien-Gesetzes (EEG) hat die Bundesregierung dazu beigetragen, den Kostenanstieg der EEG-Umlage zu bremsen. Mit der Gesetzesänderung wurde unter anderem die Förderung der erneuerbaren Energien auf die kostengünstigen Technologien Windkraft an Land und Photovoltaik konzentriert, es wurde ein klarer Ausbaupfad für die erneuerbaren Energien definiert und durch die Einführung der verpflichtenden Direktvermarktung der Betrieb von Erneuerbare-Energien-Anlagen dichter an den Markt herangeführt.

Mit der erneuten Reform des EEG (EEG 2017) geht die Bundesregierung konsequent zwei Schritte weiter: Der erste große Schritt: Erstmals in der Geschichte des EEG wird die Förderhöhe für erneuerbare Energien nicht mehr vom Staat festgesetzt, sondern im Wettbewerb ermittelt. Es gilt das Prinzip: "Wer wenig fordert, wird gefördert." Dadurch sollen die Fördersätze für die Betreiber von Erneuerbare-Energien-Anlagen auf das wirtschaftlich notwendige Minimum reduziert und die Kosten für Verbraucher gedämpft werden. Der zweite große Schritt ist die bessere Verzahnung von Stromnetzausbau und Ausbau der Erneuerbaren: Windenergie an Land und auf See, Photovoltaik und Biomasse werden in dem Maße ausgebaut, wie ihr Strom auch zu den Verbrauchern transportiert werden kann. Dadurch soll der Kostenanstieg für den Ausgleich von Netzengpässen gebremst werden.

Weitere Informationen zum EEG 2017 finden Sie [hier](#).

Warum werden weiterhin stromintensive Unternehmen von der EEG-Umlage ausgenommen?

Die Energiewende kann nur gelingen, wenn sich die gesamte Gesellschaft an den Kosten beteiligt. Das bedeutet: Sowohl Unternehmen als auch private Haushalte steuern einen gerechten Anteil zur Kostendeckung bei. Das wurde bereits mit dem EEG 2014 geregelt und gilt auch weiterhin. Ausnahmen gibt es nur dann, wenn sie wirklich nötig sind: für stromintensive Unternehmen aus Branchen, die im internationalen Wettbewerb stehen. Im Vergleich zur internationalen Konkurrenz zahlen diese Unternehmen schon jetzt hohe Strompreise. Müssten sie zusätzlich die volle EEG-Umlage stemmen, wären nicht nur ihre Wettbewerbsfähigkeit, sondern auch Arbeitsplätze in Gefahr. Deshalb zahlen diese stromintensiven Unternehmen eine verminderte EEG-Umlage.

Wie hoch die EEG-Umlage für diese Unternehmen ausfällt, ist in der "Besonderen Ausgleichsregelung" festgelegt.

Die Rahmenbedingungen für die strom- und handelsintensive Industrie sind in den Umweltschutz- und Energiebeihilfeleitlinien der Europäischen Kommission europaweit einheitlich geregelt. Die Umsetzung in Deutschland ist sogar deutlich restriktiver als die Vorgaben der EU. Während nach den Vorgaben der EU in vielen Branchen alle Unternehmen begünstigt werden könnten, sieht die deutsche Regelung eine Begünstigung nur für Unternehmen vor, bei denen der Anteil der Stromkosten an der Bruttowertschöpfung mindestens 14 Prozent beträgt.

Die "Besondere Ausgleichsregelung" gilt gerade einmal für vier Prozent der Industrieunternehmen. Alle anderen Unternehmen zahlen die EEG-Umlage in voller Höhe. Insgesamt trägt die Wirtschaft

den größten Anteil der Kosten, die die Förderung von Erneuerbaren durch das EEG verursacht: 2016 stammten Industrie, Gewerbe, Handel, Dienstleistungen, Verkehr und Landwirtschaft insgesamt rund 64 Prozent der Kosten der EEG-Umlage. Auf die privaten Haushalte entfielen rund 36 Prozent (mehr zur Lastenteilung erfahren Sie [hier](#)).

Wer setzt die Kraftstoffpreise an den Tankstellen fest?

Wie auch für andere Waren und Dienstleistungen werden die Preise für Benzin und Diesel auf der Basis von Angebot und Nachfrage frei durch den Markt gebildet. Die Gestaltung der Preise liegt also grundsätzlich in der freien Entscheidung der Unternehmen.

Neben den Kosten für die Herstellung der Kraftstoffe gibt es weitere Kostenbestandteile, die in die Tankstellenquittung einfließen. Hierzu gehören die Energiesteuer und die Umsatzsteuer. Außerdem entstehen Kosten für die Beimischung von Biokomponenten, den Transport, die Lagerung und den Vertrieb der Kraftstoffe. Ferner müssen Unternehmen, die Kraftstoffe herstellen oder nach Deutschland einführen, einen Betrag für die Bevorratung von Erdöl und Erdölerzeugnissen zur Krisenvorsorge entrichten. Damit ist gesichert, dass auch in Krisenzeiten niemand frieren muss und die Daseinsvorsorge aufrechterhalten werden kann. Auch dieser Beitrag wird in der Regel auf die Preise für Endkunden umgeschlagen.

Wie regelmäßige Untersuchungen ergeben, entwickeln sich die Preise für Benzin und Diesel an den Tankstellen in Deutschland grundsätzlich entsprechend den Großhandelspreisen für Kraftstoffe am Rotterdamer Ölmarkt. Diese wiederum folgen in der Regel dem Rohölpreis, können sich aber je nach Angebot und Nachfrage des betreffenden Produkts kurzfristig zu einem gewissen Grad auch vom Rohölpreis lösen.

WEITERFÜHRENDE INFORMATIONEN:

- [\[→ FAQ zum Strompreis\]](#)
 - [\[→ FAQ zum Erneuerbare-Energien-Gesetz 2017\]](#)
 - [\[→ FAQ zur Wärmedämmung\]](#)
 - [\[→ FAQ zum Marktanzreizprogramm\]](#)
-

Pressestimmen

Diesmal in den Pressestimmen: die Neuregelung des Atomausstiegs, die Vorteile von LED-Lichterketten, eine Milliardeninvestition in erneuerbare Energien und die weltweit größte Power-to-Gas-Anlage, die mit deutscher Hilfe in Ungarn entsteht.



© Knipserin – Fotolia.com

tagesschau.de, 15.12.16: "Bundestag entscheidet über Atomkompromiss"

Mit 581 Ja-Stimmen und 58 Nein-Stimmen hat der Bundestag gestern ein Gesetz gebilligt, das die Verantwortung für die kerntechnische Entsorgung neu regelt. Die Tagesschau beleuchtet, wie es zu dem Konsens gekommen ist.

deutschlandfunk.de, 13.12.16: "Stromsparen mit LED-Lichterketten"

Die Weihnachtsbeleuchtung frisst in vielen Haushalten zu viel Strom. Thorsten Herdan, Abteilungsleiter im Bundeswirtschaftsministerium, verrät im Interview mit dem Deutschlandfunk, worauf beim Kauf neuer Lampen geachtet werden sollte.

heise.de, 12.12.16: "Energiewende: Bill Gates & Co. wollen eine Milliarde US-Dollar in saubere Energie investieren"

Bill Gates, Hasso Plattner und weitere namhafte Investoren haben angekündigt, mindestens eine Milliarde US-Dollar in die Erforschung sauberer Energiegewinnung stecken zu wollen. Heise Online stellt die Pläne vor.

wiwo.de, 08.12.16: "Größte Power-to-Gas-Anlage der Welt entsteht in Ungarn"

Aus Strom Gas erzeugen: Ein deutsches Unternehmen errichtet in Ungarn die weltweit größte Power-to-Gas-Anlage. Die WirtschaftsWoche berichtet über das Projekt.

Erste Ausschreibung für Solaranlagen nach EEG 2017 gestartet

Die Bundesnetzagentur hat in der vergangenen Woche die erste Ausschreibung nach dem EEG 2017 gestartet. Sie bezieht sich auf Solaranlagen mit einer installierten Leistung über 750 Kilowatt. Investoren können ihre Gebote bis zum 1. Februar 2017 abgeben.

Per Klick das passende Energieeffizienz-Netzwerk finden

Eine neue interaktive Karte bietet Unternehmen einen Überblick über Energieeffizienz-Netzwerke in Deutschland. Erstellt hat die Karte die Initiative Energieeffizienz-Netzwerke.

Konferenz "Zukünftige Stromnetze für Erneuerbare Energien" in Berlin

Am 31. Januar und 1. Februar 2017 treffen sich Entscheider aus Politik, Wissenschaft, Technik und Energiewirtschaft in Berlin zur Konferenz "Zukünftige Stromnetze für Erneuerbare Energien".

Sie haben Fragen oder Anregungen?

Kontaktieren Sie uns bitte unter newsletter-energiewende@bmwi.bund.de.

Der Newsletter "Energiewende direkt" ...

... erscheint wieder nach der Weihnachtspause am Mittwoch, den 25. Januar 2017. Allen Abonentinnen und Abonneten frohe Festtage und einen guten Start ins neue Jahr!
